

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Dr. Karl Addicks,
Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/8772 –**

Sozialverträgliche Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus beschleunigen

A. Problem

Vorzeitiger Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau; Überarbeitung des Steinkohlefinanzierungsgesetzes; Beschleunigung des Strukturwandels in den betroffenen Regionen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8772 abzulehnen.

Berlin, den 24. September 2008

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Rolf Hempelmann
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/8772** wurde in der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Juni 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die antragstellende Fraktion der FDP stellt fest, dass der subventionierte Steinkohlebergbau vorzeitig beendet werden müsse. Bergbaubedingte Erdbeben vor allem im Saarland, aber auch in anderen Regionen, würden zunehmend eine Gefahr für die Anwohner/Anwohnerinnen darstellen. Zudem bestünden durch die bergbaubedingte Absenkung großer und teils besiedelter Flächen Überschwemmungsgefahren. Eine Revitalisierung bereits stillgelegter Flöze zum Ausgleich von Bergwerkschließungen sei mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz, das das sozialverträgliche Auslaufen der subventionierten Steinkohleförderung bis zum Jahre 2018 vorsehe, nicht zu rechtfertigen. Eine Verschiebung von Subventionen von vorzeitig stillzulegenden Flözen auf noch in Betrieb stehende widerspreche dem Ziel des Gesetzes.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für einen vorzeitigen Ausstiegstermin aus dem subventionierten Steinkohlebergbau einzusetzen und das Gesetz zur Finanzierung der Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus

zum Jahr 2018 (Steinkohlefinanzierungsgesetz) zu überarbeiten, um die Subventionen frühzeitig auslaufen zu lassen. Die freiwerdenden Mittel sollen zur Beschleunigung des Strukturwandels und Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/8772 verwiesen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 71. Sitzung am 24. September 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/8772 in seiner 69. Sitzung am 24. September 2008 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/8772 zu empfehlen.

Berlin, den 24. September 2008

Rolf Hempelmann
Berichterstatter

